

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Andrew Ullmann, Michael Theurer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Alexander Müller, Matthias Nölke, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Krebstherapien und Krebsvorsorgeuntersuchungen während der COVID-19-Epidemie

Seit März 2020 konzentriert sich die Berichterstattung und die politische Diskussion auf COVID-19, eine Krankheit, die vom Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöst wird. In einem Brief vom Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn wurden die Krankenhäuser in Deutschland aufgefordert, soweit dies medizinisch vertretbar ist, planbare Operationen und Eingriffe zu verschieben (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html>). Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erklärte zudem, dass neben der stationären Versorgung auch die ambulante Struktur essenziell für die Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus sei. Viele Praxen würden erfolgreich Erstversorgung leisten und sogar potentielle COVID-19-Patienten zu Hause aufsuchen (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Spahn-Ambulante-Struktur-essenziell-fuer-Krisenbewaeltigung-408729.html>).

Während der Coronavirus-Epidemie wurden in der öffentlichen Diskussion die gefährdeten Risikogruppen hervorgehoben. Patienten in der Risikogruppe erleiden häufig einen schwereren Krankheitsverlauf. Zu diesen vulnerablen Gruppen gehören gerade Patienten, die an einer Krebserkrankung leiden (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogruppen.html).

Krebserkrankungen gehören zu den häufigsten Todesursachen in Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt sind im Jahr 2018 ca. 230 000 Menschen an einem Krebsleiden gestorben (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Todesursachen/todesfaelle.html;jsessionid=6D8AAD7F659E2C549F90CD0CBF8DBCAC.internet8731>). Die rechtzeitige Erkennung und konsekutive durchgängige Behandlung sind bei Krebserkrankungen essenziell wichtig, um den gewünschten Therapieerfolg zu erreichen.

Die Corona-Taskforce der Deutschen Krebshilfe, der Deutschen Krebsgesellschaft und des Deutschen Krebsforschungszentrums in der Helmholtz-Gemeinschaft warnt in einer Pressemitteilung vom 14. Mai 2020 vor zu spät diagnostizierten Krebserkrankungen aufgrund der Corona-Epidemie (<https://www.krebshilfe.de/informieren/presse/pressemitteilungen/corona-task-force-warn-t-weiterhin-vor-zu-spaet-diagnostizierten-krebserkrankungen/>). Die Mitglieder

der Corona-Taskforce warnen in ihrer Pressemitteilung davor, dass Abklärungs- und Früherkennungsuntersuchungen nicht wie gewohnt stattfinden und die Angst der Patienten vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus beim Arztbesuch diese Gefahr zusätzlich verschärfe.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Forderung der Bundesregierung nach einer „Aufschiebung von planbaren Operationen und Eingriffen soweit es medizinisch vertretbar ist“ Krebsbehandlungen miteingeschlossen?
 - a) Wenn ja, welche Krebsarten sind miteingeschlossen?
 - b) Wenn ja, welche Art der Therapie ist miteingeschlossen?
 - c) Wenn nein, sind der Bundesregierung missverständliche Interpretationen dieser Aussage bekannt?
2. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Krebstherapie aufgrund der Vorbereitung auf bzw. der Behandlung von COVID-19-Patienten verschoben wurde?
 - a) Wenn ja, in welcher zahlenmäßigen Größenordnung?
Gibt es Unterschiede zwischen den Bundesländern?
 - b) Wenn ja, welche Formen der Krebstherapien sind davon betroffen?
3. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Krebstherapien aufgrund der Vorbereitung auf bzw. Behandlung von COVID-19-Patienten verkürzt wurden?
 - a) Wenn ja, in welcher zahlenmäßigen Größenordnung?
Gibt es Unterschiede zwischen den Bundesländern?
 - b) Wenn ja, welche Formen der Krebstherapien sind davon betroffen?
4. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Krebstherapien aufgrund der Vorbereitung auf bzw. Behandlung von COVID-19-Patienten abgebrochen wurden?
 - a) Wenn ja, in welcher zahlenmäßigen Größenordnung?
Gibt es Unterschiede zwischen den Bundesländern?
 - b) Wenn ja, welche Formen der Krebstherapien sind davon betroffen?
5. Hat die Forderung der Bundesregierung nach einer „Aufschiebung von planbaren Operationen und Eingriffen soweit es medizinisch vertretbar ist“ Krebsvorsorgeuntersuchungen miteingeschlossen?
 - a) Wenn ja, welche Form der Vorsorgeuntersuchungen sind miteingeschlossen?
 - b) Wenn nein, sind der Bundesregierung missverständliche Interpretationen dieser Aussage bekannt?
6. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Krebsvorsorgeuntersuchungen aufgrund der Vorbereitung auf bzw. Behandlung von COVID-19 Patienten verschoben wurden?
 - a) Wenn ja, in welcher Größenordnung?
Gibt es Unterschiede zwischen den Bundesländern?
 - b) Wenn ja, welche Art der Vorsorgeuntersuchung ist davon betroffen (bitte staffeln in: Untersuchungen der äußeren und inneren Geschlechtsorgane bei Frauen, Abstrich vom Gebärmutterhals bei Frauen, Abtastung

der Brüste und Achselhöhlen, Mammographie Screening, Darmspiegelung, Abtastung der Prostata bei Männern, Test auf okkultes Blut im Stuhl, Hautkrebsscreening, Sonstige)?

7. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Unterschiede in der Patientenzahl seit dem 1. März 2020 von den Patienten, die eine Krebsvorsorgeuntersuchung wahrgenommen haben, im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2019 (die Antwort bitte staffeln in: Untersuchungen der äußeren und inneren Geschlechtsorgane bei Frauen, Abstrich vom Gebärmutterhals bei Frauen, Abtastung der Brüste und Achselhöhlen, Mammographie Screening, Darmspiegelung, Abtastung der Prostata bei Männern, Test auf okkultes Blut im Stuhl, Hautkrebsscreening, Sonstige)?
8. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Unterschiede der Erstdiagnosen von malignen Erkrankungen im bisherigen Jahr 2020 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2019 (bitte nach Monaten und Erkrankung staffeln)?
9. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung ausreichen, um abgesagte, verschobene oder verkürzte Krebsvorsorgeuntersuchungen fortzusetzen?
 - a) Falls nein, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die entsprechenden Kapazitäten zu erhöhen?
 - b) Welchen Zeitraum zwischen abgesagtem Termin und neuem Termin hält die Bundesregierung für angemessen?
 - c) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Überweisung an einen Facharzt über die Terminservicestelle bezüglich einer Fortsetzung der Krebsbehandlung länger als vier Wochen gedauert hat?
10. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung aus den Erkenntnissen der Antworten zu den Fragen 1 bis 9?
 - a) Welche Maßnahmen werden getroffen, um die daraus folgenden gesundheitlichen Schäden zu minimieren?
 - b) Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Folgen auf die personelle Belastung in der Gesundheitsversorgung zu minimieren?
 - c) Welche Maßnahmen werden getroffen, um die daraus folgenden wirtschaftlichen Schäden zu minimieren?

Berlin, den 12. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion

